

regierung realisiert wird, daß besonders das vorgesehene 6000-MW-Steinkohlenkraftwerksprogramm erfüllt wird.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit Sorge zur Kenntnis genommen, daß die vorhandenen Steinkohlenkraftwerke bei weitem nicht so ausgelastet sind, wie es erforderlich wäre. Hier müssen die Elektrizitätsunternehmen auf ihre Verantwortung hingewiesen werden. Gegebenenfalls sind gesetzliche oder administrative Maßnahmen zu treffen, um durch Mindestabnahmeverpflichtungen der Versorgungsunternehmen die Position der Steinkohle zu sichern.

Um konjunkturbedingte Absatzeinbrüche im Bergbau zu überbrücken, sollten der Bund und alle Bundesländer möglichst bald die finanziellen Voraussetzungen für die Vorhaltung einer nationalen Energiereserve schaffen.

Der SPD-Landtagsfraktion NRW ist es gelungen, die übrigen SPD-Fraktionen der Länder und des Bundes für diese Erkenntnis zu gewinnen. Sie fordert die CDU auf, sich gegenüber den von der Union gestellten Landesregierungen für die Belange des Bergbaus einzusetzen und sie zur Mitarbeit an einer langfristigen Politik der sicheren Energieversorgung anzuhalten.

F.D.P.: Verstärkter Kohleverbrauch notwendig

Der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Hans Koch, erklärte:

Erneute Zechenstilllegungen darf es nicht geben. Das Problem wachsender Kohlehaldeen kann nur durch ein zeitlich abgestuftes Vorgehen gelöst werden, an dessen Verwirklichung alle Fraktionen als gemeinsame „Kohlefraktion“ mitwirken sollten.

1. Kurzfristig muß die im Energieprogramm erst für 1977 vorgesehene Bildung nationaler Kohlereserven schon ab 1. 1. 1976 finanziert werden, um der Ruhrkohle die Liquidität wieder freizugeben, die durch die wachsenden Kohlehaldeen z. Z. in erheblichem Umfang gebunden ist.

2. Mittelfristig muß eine stärkere Verstromung der Kohle erreicht werden. Dabei sollte erwogen werden, den Kohlekraftwerken den größeren Teil der zu verbrauchenden Kohle wie bisher zum Listenpreis anzubieten. Der andere Teil sollte unter Inanspruchnahme des „Kohlepennings“ (3. Verstromungsgesetz) subventioniert werden.

3. Langfristig muß der Kohlekraftwerkbau gegenüber der Nutzung von Erdgas und Kernenergie stärker als bisher geplant in den Vordergrund treten. Dabei muß vor allem das bislang erst zur Hälfte verwirklichte Programm zum Bau neuer Kohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 6000 Megawatt voll realisiert werden.

Parallel zu diesem Konzept des verstärkten Verbrauchs begrenzter nationaler Kohlevorräte muß erneut global über die langfristige Energieversorgung nachgedacht werden. Angesichts sich abzeichnender steigender Preise für nukleare Brennelemente, angesichts der Abhängigkeit von wenigen Lieferländern und angesichts weitgehend noch ungeklärter Sicherheitsfragen (zum Beispiel Atommülltransport und -lagerung) sollte dabei auch der geplante Bau von 40 Atomkraftwerken in der Bundesrepublik bis 1980 überprüft werden.

Porträt der Woche

Wer von Kohle spricht, denkt an das Revier. Doch auch anderswo zwischen Weser und Rhein stehen Fördertürme, gehen Menschen in den Pütt – beispielsweise im Ibbenbüener Raum. Karl Grüter, seit 1970 CDU-Landtagsabgeordneter im Kreis Tecklenburg, kennt die Probleme der Kumpel – als hauptamtlicher DGB-Gewerkschaftssekretär und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Grubensicherheit im nordrhein-westfälischen Landtag.

Das von der Öffentlichkeit zuwenig beachtete parlamentarische Gremium müht sich um die Sicherheit der unter Tage arbeitenden Menschen in diesem Land. Dieser Schutz vor den Gefahren im Bergbau unterscheidet sich wesentlich von dem in anderen Industriebereichen. Der langjährige Geschäftsführer der IG Bau, Steine, Erden in Solingen-Remscheid: „Es drohen beispielsweise nirgendwo anders Kohlenstaubexplosionen, und Sprengungen erfolgen im Bergbau unter anderen Voraussetzungen.“

Der aus 17 Mitgliedern bestehende Ausschuß (Parteipolitik ist hier verboten) erarbeitet auch in Zusammenarbeit mit Sachverständigen neue Konzeptionen im Sicherheitsbereich, die später in Verordnungen der Bergbaubehörde ihren Niederschlag finden. Solche Initiativen werden nicht am Konferenztisch geboren. Kaum ein anderer Ausschuß des Landtages „reist“ häufiger durch Nordrhein-Westfalen. Der Grubensicherheitsausschuß informierte sich auch in anderen Bergbauländern, und er legt dem Parlament halbjährlich einen Rechenschaftsbericht seiner Arbeit vor. Doch auch wie in den anderen Bereichen der Wirtschaft wird es im Bergbau keine restlose Sicherheit geben – „wir können nur für die höchstmögliche sorgen“, so Karl Grüter.

Als Kommunalpolitiker (15 Jahre Bürgermeister und Kreistagsabgeordneter) beschäftigt ihn „die zunehmende Hilflosigkeit der Bürger vor der übermächtigen Bürokratie“. Er zählt zu den Streitern für Verwal-



Karl Grüter (CDU)

tungsvereinfachung und für Reduzierung der Gesetzesflut. „Wir müssen die Gesetze auch so fassen, daß sie für den einzelnen Bürger verständlich sind.“ Grüter, der erst als Bürgermeister 1964 den Weg zur CDU fand, sieht die Attraktivität einer Partei für den Bürger in einer guten Kommunalpolitik. So zeigt er eine gewisse Genugtuung, daß die CDU am 4. Mai in seinem Wahlkreis 49,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erringen konnte – „und viele aus der Arbeiterschaft“.

Nach Auffassung des 45jährigen gelernten Maschinenschlossers sollte seine Partei ihre Leistungen auf der kommunalen Ebene wie auch im sozialen Bereich „besser verkaufen“. Unter den von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen seien u. a. das erste Mitbestimmungs- und das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet sowie die Kündigungsschutzregelung geschaffen worden. Und der aktive Gewerkschaftler seit jungen Jahren macht dem DGB den Vorwurf, daß er es in einigen Fällen an Neutralität vermissen läßt. Trotzdem ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft: „Eine Zersplitterung würden den Interessen der arbeitenden Menschen schaden.“ Sein Wirken für sie umfaßt noch weitere Bereiche: So als Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Rheine und als Vorstandsvorsitzender bei der AOK für das Tecklenburger Land.

Der auch von Karl Grüter in zahlreichen Resolutionen und auf vielen Versammlungen propagierte Slogan des DGB, „Am Samstag gehört Vati mir“, ist längst verwirklicht worden, für den Gewerkschaftler und Abgeordneten selbst bleibt er allerdings noch unerfüllt. Jochen Juretko